

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 33 (2006)
Heft: 5

Artikel: Patriotismus und Demokratie : ein Plädoyer für den "Patriotismus light"
Autor: Eckert, Heinz / Imhof, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911324>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Plädoyer für den «Patriotismus light»

Das weisse Kreuz auf rotem Grund ist zum modischen Accessoir geworden, die Schweiz steht quer durch die Bevölkerung wieder hoch im Kurs: Ein neuer, unpolitischer Patriotismus liegt im Trend. Kurt Imhof, Soziologe und Patriotismus-Experte, erklärt warum. Interview Heinz Eckert

«SCHWEIZER REVUE»: *Noch vor wenigen Jahren gehörte es zum guten Ton, die Schweiz zu kritisieren. Was war der Grund für diese negative Einstellung zur Heimat?*

KURT IMHOF: Mit der Achtundsechziger-Bewegung begann der politische Kampf gegen den Staat mit all seinen Ausprägungen. Bekämpft wurden Auswüchse des Kalten Krieges wie die staatliche Überwachung, die Bundespolizei, der Ausbau des Staatsschutzes sowie die Bourgeoisie und das Kapital. Man darf dabei nicht vergessen, dass die SP – wie die FDP auch – nach dem Krieg eine ausgesprochen staatstragende Partei war. Auch dagegen protestierte die Achtundsechziger-Bewegung. Hinzu kam, dass die Schweiz im Nord-Süd-Dualismus nicht als Opfer, sondern als Täter betrachtet wurde. Damals wurde die Revolution ja vom Süden erwartet. Der linke Kampf gegen den Staat wurde dann durch bürgerliche Parteien fortgesetzt. In den Siebzigerjahren begann die FDP mit dem Slogan «Weniger Staat, mehr Freiheit» zu werben. Der Antietazismus hat also eine lange linke wie rechte Tradition.

Das war lange vor Ronald Reagan und Margaret Thatcher...

Ja, die Schweiz war damals eine Vorkämpferin für den Neo-Liberalismus. Erst Jahre später kamen Reagan und Thatcher mit dem gleichen Programm an die Macht. 1983 hat dann die SVP von der FDP das «Antietazismus-Szepter» übernommen und mit einem «Landi-Patriotismus» ergänzt. Mit Letztem hat sie ihre Stimmen gewonnen. In den Neunzigerjahren wurde der Antietazismus, verbunden mit Patriotismus und basierend auf geistiger Landesverteidigung, noch verstärkt und als Mischung zum Erfolgsrezept der SVP.

War das ein Kalkül der SVP?

Die SVP hat mit diesem Programm für viele ein Vakuum gefüllt, aber ich glaube nicht, dass es kalkuliert war. Christoph Blocher ist sicher ein Patriot, er spielte nichts vor.

Der Patriotismus, der heute gepflegt wird, hat damit aber nicht mehr viel zu tun.



Kurt Imhof: «Schweizbild ohne Parteifarben»

Nein. Die SVP hat den Patriotismus ganz stark politisch gefärbt. Diejenigen, die den Mythos Schweiz mit Fahnen pflegten, waren politisch eindeutig festgelegt. Die Holocaust-Debatte in den Neunzigerjahren hat das noch verschärft. Das hat der SVP erneut Gelegenheit gegeben, ihr spezifisches Schweiz-Verständnis noch zu verstärken.

Von Ihnen stammt der Begriff Patriotismus light. Was ist das?

Dieser Patriotismus kommt weder von der rechtskonservativen Seite noch aus der politischen Mitte noch von der Linken. Die Mitte war aufgrund ihrer globalisierten

Wirtschaftspolitik gar nicht in der Lage, den Nationalstaat zu pflegen und für die Linke war es politisch inkorrekt, die Schweiz auch nur irgendwie gut zu finden. Der neue Patriotismus kommt von den Jungen, die nicht in den alten politischen Querelen involviert waren und die Schweiz einfach lieben.

Und seit wann ist diese Art von Patriotismus festzustellen?

Die Zweifel an der Globalisierung haben nicht nur der SVP geholfen, sondern auch den Boden für den neuen Patriotismus vorbereitet. Als dann die Expo.02 die Schweiz auf eine unbekümmerte Art und Weise gefeiert hat, wirkte sie als Katalisator und verstärkte den Trend zum neuen Patriotismus noch. Auch die Kulturschaffenden machten damals mit. So setzte sich ein Schweizbild durch, das nicht durch Parteifarben getönt war.

Und seither darf man wieder ungestraft mit einem Schweizerkreuz auf der Brust herumlaufen und erst noch als modisch gelten?

So ist es. Die Expo machte das Schweizerkreuz zu einem modischen Accessoir. Alle, die die Schweiz politisch vereinnahmt oder aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt hatten, wurden so durch Jugendliche unterlaufen, die feststellten, dass sie in einem tollen Land lebten. Diese Jungen stellten Vergleiche an und waren plötzlich stolz auf ihre Heimat.

Taten sich andere Länder ähnlich schwer mit dem Patriotismus?

Auch italienische Linke hatten Mühe mit dem Staat, aber so extrem wie in der Schweiz war es sonst nirgends. Die Schweiz ist eben eine Willensnation ohne selbstverständliches, historisch gegebenes Selbstverständnis, es muss immer wieder erneuert werden.

Würden denn die Schweizer Tugenden wie Sauberkeit, Sicherheit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, welche die Jungen heute so preisen, früher nicht wahrgenommen?

Im Gegenteil. Man hat sie sogar abgelehnt. Die Linke hat sie als kleinkariert und bourgeois verschrien, die Mitte meinte, diese Schweizer Errungenschaften würden zu viel

kosten. Für den Patriotismus blieb nur die SVP übrig.

Braucht eine Demokratie den Patriotismus?

Eine Demokratie braucht den Glauben ans Gemeinsame, sie braucht Loyalität und Akzeptanz. Warum sollten wir uns sonst einem demokratischen Entscheid beugen? Deshalb ist eine Demokratie ohne Patriotismus überhaupt nicht denkbar. Diese Tatsache haben die Linke und die Mitte während vieler Jahre erstaunlicherweise übersehen oder vergessen. Und nicht nur das: Die Schweiz wurde sogar abgelehnt und als Auslaufmodell bezeichnet. Viele meinten, eine globalisierte Welt brauche keine nationalen Identitäten mehr.

Welche Rolle spielte die EU-Frage?

Eine entscheidende Rolle. Sie hat die Eliten gespalten. Früher sind Politik und Wirtschaft immer Hand in Hand gegangen. Und diese Spaltung war nicht gut für das Selbstverständnis des Landes.

Ein grosser Schub Patriotismus kommt nun ja ausgerechnet von den Secondos. Sollten diese nicht eher multikulturell sein?

Das ist das Resultat eines gelungenen Integrationsprozesses, der immer zu einer Art von Überidentifikation führt. Das Gegenteil davon sind die Banlieus in Frankreich, wo Sub-Gesellschaften aus nicht integrierten Einwanderern entstanden sind.

Liegt der neue Patriotismus weltweit im Trend?

Ja, der Nationalstaat als primäres Ordnungsmodell der Weltgesellschaft lebt wieder auf und nimmt nicht nur symbolisch an Bedeutung zu. Die Menschen identifizieren sich über ihren Nationalstaat. Das ist eine Reaktion auf die Globalisierung. Gleichzeitig nimmt weltweit auch die Diskussion über die Demokratie zu.

Wie wichtig ist das Nationalgefühl für die persönliche Identität?

In politischer Hinsicht von entscheidender Bedeutung. In einer Demokratie sind wir ohne patriotisches Nationalgefühl absolut regierungs- und regulierungsunfähig. Für die subjektive Befindlichkeit ist die Bedeutung des Nationalgefühls unterschiedlich.

Dann beurteilen Sie die gegenwärtige Entwicklung als positiv?

Absolut. Unsere Demokratie ist ohne Souverän mit einem Selbstverständnis als Schweizer Bürger nicht denkbar.

Sieht das ein Euroturbo auch so?

Die Euroturbos haben das vergessen, weil sie nur das Primat der Wirtschaft und den Markt als Regulierungsprinzip vor Augen haben.

Genügt Europa als Identifikation nicht?

Die europäische Identität beruht entweder auf der Abwehr gegen neue Kriege, auf dem Christentum oder auf der Aufklärung. Als gemeinsamer Nenner für eine europäische Identität würde sich nur die Aufklärung eignen.

Patriotismus ist immer auch eine Frage des Masses. Wie viel davon erträgt es?

Es kommt darauf an, wie der Patriotismus inhaltlich geladen ist. Der ethnische Patriotismus schliesst andere aus und ist so gefährlich wie der religiös geprägte Patriotismus, der den Gedanken der Auserwähltheit in sich birgt. Von diesen beiden gibt es überall zu viel. Vom offenen republikanischen Patriotismus hingegen, der aufgrund eines Willensaktes von Bürgern eines Staates entstanden ist, kann es nicht genug geben.

Wird sich der neue Patriotismus politisch auf die nächsten eidgenössischen Wahlen auswirken?

Ganz sicher. Es kommt nun darauf an, wie weit die Linke und die politische Mitte in der Lage ist, Projekte und Visionen für die Schweiz anzubieten und sich dem eigenen Land zuzuwenden. Themen könnten Bildung, Familie, Verkehr, Konkordanz und Demokratie sein. Wenn sich SP, FDP und CVP der Schweiz und ihrer Institutionen annimmt, wird die SVP auf hohem Niveau stagnieren. Auch die Europapolitik muss auf der Souveränität basieren. Die Europapolitiker müssen mit dem Ziel antreten, Europa zu verschweizern. Dann gelingt das Vorhaben.

KURT IMHOF (49) ist Professor für Publizistikwissenschaft und Soziologie an der Universität Zürich. Er leitet den Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft. Imhof, der vor seiner Hochschulkarriere als Hochbauzeichner und Bauführer tätig war, ist Autor zahlreicher Bücher über Medien, Kommunikation und den sozialen Wandel.

Fortsetzung von Seite 11

für den Bilateralismus. Die Schweiz profitiere von der Öffnung der neuen Märkte in Mittel- und Osteuropa und müsse daher auch einen Beitrag an die Entwicklung dieser Region leisten. Sie warnen davor, dass ein Nein der Schweiz den bilateralen Weg gefährden könnte. Zwar hat Brüssel noch nicht verlauten lassen, wie die Union auf einen negativen Volksentscheid reagieren würde. Aber es ist davon auszugehen, dass weitere Verhandlungen tatsächlich schwierig würden. In der Schwebe ist derzeit noch die Ratifizierung des Beitritts der Schweiz zum Schengener Abkommen.

Mindestens 200 Franken pro Kind

«Ein Kind, eine Zulage» - diesen Grundsatz hat das Parlament im März dieses Jahres verabschiedet. Stimmt Ende November auch noch das Volk zu, erhält jedes Kind in der Schweiz mindestens 200 und jeder Jugendliche in Ausbildung mindestens 250 Franken Zulage pro Monat. Diese Beträge gelten unabhängig vom Beschäftigungsgrad der Eltern. Allerdings gibt es eine Ausnahme: Selbstständig Erwerbende fallen nicht unter das landesweite Obligatorium.

Heute sind die Zulagen kantonale geregelt. Für das erste Kind variieren sie von 154 Franken im Kanton Jura bis zu 260 Franken im Wallis. In 17 Kantonen erhalten Eltern derzeit weniger als 200 Franken für das erste Kind. Allerdings sind das Mindestansätze. Etliche Kantone kennen bereits heute höhere Zulagen ab dem zweiten oder dritten Kind sowie für Jugendliche in Ausbildung. Zudem steht es den Arbeitgebern frei, höhere Zulagen auszurichten. So erhalten zum Beispiel Bundesangestellte monatlich 330 Franken für das erste Kind.

Die Harmonisierung führt zu jährlichen Mehrkosten von rund 600 Millionen Franken. Drei Viertel davon hat die Wirtschaft zu tragen, welche die Zulagen über Arbeitgeberbeiträge finanziert. Deshalb haben der Gewerbe- und der Arbeitgeberverband das Referendum ergriffen. Unterstützt werden sie von der FDP und der SVP. Hingegen setzen sich die Gewerkschaften, die CVP, die SP und die Grünen für die Vorlage ein. Sie empfinden die heutigen kantonalen Unterschiede als stossend und betrachten höhere Kinderzulagen als wichtiges Element der Familienpolitik. Der Nationalrat hat sich mit 106 zu 85 Stimmen für einheitliche Mindestzulagen ausgesprochen, der Ständerat mit 23 zu 21. (RL)